

SPD-Fraktion

Wohnungspolitik im Gespräch

Aktuelle Probleme der Wohnungspolitik erörterten Vorstandsmitglieder des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB) mit der SPD-Landtagsfraktion. Einen besonderen Stellenwert hatten bei dem Gespräch die Möglichkeiten zur Kosteneinsparung im Wohnungsbau. Hierzu hat der BDB hilfreiche Anregungen gegeben, die voll in die Überlegungen der SPD-Fraktion einbezogen werden. Gegenwärtig wird im Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion für „Städtebau und Wohnungswesen“ ein Konzept erarbeitet, um verstärkt „Innovationen für kostengünstiges und nutzerfreundliches Bauen“ zu ermöglichen. Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darin, daß ein Durchbruch nur gelingen könne, wenn alle am Bau Beteiligten an

einem Strang ziehen. Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß die nötigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Mit der Aufnahme einer Versuchsklausel zur praktischen Erprobung neuer Bau- und Wohnformen in die Landesbauordnung (§ 87a) ist ein bahnbrechender Schritt getan. Die Vertreter des BDB begrüßten die neue Regelung und sicherten zu, daß sie alles tun würden, um von diesen Möglichkeiten auch vollen Gebrauch zu machen. Der offene und informelle Meinungsaustausch, der in herzlicher Atmosphäre verlief, soll fortgesetzt werden.

★

An die Stelle des Jugendarrests als „Zuchtmittel zur Besserung junger Straftäter“ sollten nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion verstärkt sogenannte Arbeitsauflagen (Sozialdienste) und ambulante Betreuungsangebote treten. Dies gilt insbesondere für den Freizeit- und Kurzarrest. Als Begründung führt die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Maria Jammes, die Tatsache an, daß

vom Jugendarrest nur geringe erzieherische Wirkungen ausgingen.

Nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion sollen mehr Stellen für Sozialdienst angeboten und die Möglichkeit, Betreuungsweisungen auszusprechen, verbessert werden. Dieser Appell richtet sich an die Jugendgerichtshilfe und freie Träger. Es muß erreicht werden, daß Jugendrichter und Staatsanwälte diese alternativen Sanktionsmöglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes im notwendigen Umfang ausschöpfen können.

Maria Jammes: „Es ist sinnvoller, einen Jugendlichen beispielsweise mit einer Tätigkeit im sozialen Bereich für ein Vergehen sühnen zu lassen, als ihn am Wochenende zwei Tage in ein abgeschlossenes Zimmer eines Amtsgerichts einzusperren.“ Nach Meinung von Frau Jammes sollte die Anordnung von Jugendarrest nur noch auf besonders gefährdete Jugendliche begrenzt werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Nicht für jede Mark eine Richtlinie

„Die Landesregierung sollte schnellstens damit Schluß machen, für jede Mark, die sie an die Gemeinden verteilt, eine Richtlinie herauszugeben.“ Das forderte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Soénus. Auf der zweiten Station der Bereisung des Landes durch den Arbeitskreis Wohnungs- und Städtebau der CDU-Fraktion hatten die Unionspolitiker sich in Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn über die Probleme dieses Raumes sachkundig gemacht. Der Arbeitskreis war auf Einladung von Toni Schröder, MdL, in den Kreis Paderborn gefahren.

„Es ist für die Städte und Gemeinden sinnvoller, nutzbringender und bürokratiehemmend, finanzielle Landeszuweisungen global zu erhalten“, meinte Soénus. Zahlreiche gute Beispiele von Gemeinde-Initiativen von verkehrsberuhigten Zonen bis hin zur Erhaltung wertvoller Bauten bewiesen, wie verantwortlich und durchdacht die kommunale Selbstverwaltung arbeite.

In der Gemeinde Borcheln in unmittelbarer Nähe der Stadt Paderborn, einer finanziell noch relativ gesunden Gemeinde, sei den CDU-Politikern sehr eindrucksvoll deutlich geworden, daß es vor allem die Landesgesetze seien, die den Gemeinden enorme Kosten aufladen. Soénus: „Das Land sollte Abstand nehmen von jeder Form von Perfektionismus. Das treibt die Kosten in die Höhe und die Gemeinden in die finanzielle Klemme.“

Das Land müsse endlich zu einer deutlichen Stärkung der Selbstverwaltung zurückfinden. Nicht eine Politik des „goldenen Zügels“, der ohnehin seinen Glanz verliere, sondern eine Politik der „langen Leine“ sei angebracht. Die Städte Delbrück und Salzkotten, aber auch die Stadt und der Kreis Paderborn, die vom Arbeitskreis besucht wurden und die teilweise sowohl mit Wanderungsgewinnen als auch mit einem Geburtenüberschuß leben, hätten kommunale Probleme beispielhaft gelöst. Dies sei das Ergebnis wachen Bürgerengagements und vorbildlichen kommunalverantwortlichen Denkens.

★

Eine verstärkte Aufklärung über die sogenannten „Jugendsekten“ hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag gefordert. Der Obmann des Ar-

beitskreises Jugend, Familie und politische Bildung, Heinz-Josef Nüchel (Eitorf), zeigte sich zufrieden über die Bemühungen von Kirchen, Jugendverbänden, Jugendschutzstellen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, die erreicht hätten, daß die Jugendsekten weitgehend als Scharlatanerie entlarvt seien und ihre vermeintliche Attraktivität weiter abgenommen habe. Trotzdem seien folgende Forderungen weiter wichtig, um der Verführung junger Erwachsener in die Abhängigkeit entgegenzuwirken:

1. Noch stärkere Aufklärung in den Schulen, in den Weiterbildungseinrichtungen (auch Lehrer), durch die kommunalen Jugendämter und die Jugendverbände sowie durch die Medien.
2. Die Landes- und Kommunalbehörden sollten sich weiterhin äußerster Zurückhaltung befleißigen bei der Anerkennung solcher weltanschaulicher Gruppen und vor allem keine Gemeinnützigkeit durch die Finanzämter gewähren, keine Sammlungserlaubnis erteilen und keine kommunalen Räume durch Miete oder unentgeltlich zur Verfügung stellen.
3. Bei der Rehabilitation sollte jungen Menschen weiter geholfen werden, um sie nach der Zerstörung ihrer Persönlichkeitsstruktur wieder in eine normale Entwicklung zu bringen.
4. Hilfe und Beratung sollte für betroffene Eltern zur Verfügung gestellt werden.

Sport . . .

Fortsetzung von Seite 12

nach einer geeigneten Lösung für die Zukunft zu suchen.

Der Ausschuß informierte sich außerdem über die Situation der Rheinischen Reit- und Fahrschule in Wesel. Dem Trägerverein gehört auch das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an. Leitender Ministerialrat Dr. Bentrup vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte, daß noch 1980 zum Aufbau der Schule ein Landeszuschuß in Höhe von 13 Millionen

Mark vorgesehen war, der aber wegen der kritischen Haushaltslage des Landes vom Finanzminister nicht freigegeben worden sei. Inzwischen habe der Minister erklärt, daß die Landesregierung das Projekt Wesel angesichts der Haushaltslage aufgeben habe. Die Mitgliedschaft im Verein sei am 2. Februar 1982 aufgekündigt worden. Der Sportausschuß ließ sich über das Verfahren bis zum Austritt des Landes aus dem Trägerverein erläutern und machte deutlich, daß es zur Zeit keine Möglichkeit gebe, die notwendigen Gelder aus dem Sportetat zur Verfügung zu stellen.

Abschließend informierte sich der Sport-

ausschuß über die Situation der Sporthochschule Köln. Der Minister für Wissenschaft und Forschung, Hans Schwier (SPD), gab gemeinsam mit Vertretern seines Hauses einen umfassenden Sachstandsbericht, der die Haushaltssituation, den Stand des Ausbaues und die bauliche Unterhaltung umfaßte. Ausschußvorsitzender Richard Winkels (SPD) wies auf bauliche Mängel hin, die an Sportanlagen der Hochschule entstanden sein sollen und bat das Ministerium um sorgfältige Prüfung. Die Schließung von einzelnen Anlagen müsse verhindert und ein ordentlicher Ablauf der Studiengänge in Köln gewährleistet bleiben.